

Was Ökonomischer Pluralismus kann und was er gar nicht will

Franziska Disslbacher, Florian Bohinc

Die Forderung nach einer Pluralen Ökonomik stand in den letzten Jahren vorangetrieben von Studierendenbewegungen und heterodoxen ÖkonomInnen wieder zur Diskussion. Debattiert werden die Fragen, ob die Ökonomie als Wissenschaft bereits plural sei, der Mainstream – auch angesichts der Erfahrungen der Krise – zunehmend plural werde, und schließlich, welche Implikationen die Deutungshoheit des ökonomischen Mainstreams für die Forderung einer Pluralen Ökonomik hat (Dutt: 2014). Innerhalb der nicht dem Mainstream zuzurechnenden Strömungen hat sich weitgehend der Konsens durchgesetzt, dass eine plurale Ausrichtung der Ökonomie ein erstrebenswertes Ziel und der derzeitige Zustand der Ökonomie aufgrund der unangetasteten Dominanz des Mainstreams als nicht plural zu klassifizieren ist. Doch die Bewegung für Pluralismus ist nicht als homogen zu verstehen, es bestehen verschiedene Zugänge. Meist unterscheidet Konzeptionen von Pluralismus die Auffassung des Verhältnisses zwischen Heterodoxie und Mainstream.

Wir sehen die Aufgabe der Forderung nach Pluralismus vor allem in der Bearbeitung institutioneller Strukturen mit dem Ziel, die unangefochtene Dominanz der Mainstream-Ökonomie zu brechen. Pluralismus kann jedoch nicht selbst inhaltliche Diskussionen und Konfrontationen mit kapitaltreuen ÖkonomInnen führen, sondern lediglich das Stattfinden und die Resonanz solcher Auseinandersetzungen fördern. Der Pluralismus als solcher kann also nur eingeschränkt über den Umweg der Ausbildung und einer Öffnung des Diskurses auf die Gesellschaft wirken. Pluralismus ist weder Ersatz für explizit kritisches Forschen und Hinterfragen, noch für politischen Aktivismus und Positionierung. Es kann dafür jedoch die Voraussetzungen verbessern. Würden gesellschaftskritische ökonomische Konzepte an den Universitäten verfolgt werden, könnte die Wirtschaftspolitik auch auf sie zurückgreifen.

Is this time different?

Die Forderung nach mehr Vielfalt in der allzu verengten wissenschaftlichen Disziplin Ökonomie ist nicht neu. In den vergangenen Jahrzehnten gab es immer wieder Initiativen mit dem Ziel darauf hinzuweisen, dass ganze Paradigmen innerhalb der akademischen Welt marginalisiert werden, obwohl diese entscheidende und wertvolle Beiträge liefern können. Garnett u. a. (2010) unterscheiden zwei wesentliche Wellen der Forderung nach mehr Pluralismus. Die erste Welle der 1970er und 1980er basierte auf einer Vielfalt an heterodoxen Schulen, die sich jedoch wenig füreinander interessierten. Der Beginn der zweiten Welle wird häufig mit dem Erscheinen des von Hodgson u. a. (1992) verfassten Aufsatzes „A plea for rigorous and pluralist economics“ in der *American Economic Review* datiert. In diesem wird „a new spirit of pluralism in economics, involving critical conversation and tolerant communication between different approaches“ gefordert. Ungefähr seit der Jahrtausendwende wird jedoch überwiegend die Strategie verfolgt, mehrere ökonomische Strömungen, die gegen den Mainstream wie gegen einen Wall anlaufen, zusammenzufassen und unter dem Banner der Heterodoxie gemeinsam auftreten zu lassen.

Während sich die Gruppe heterodoxer Strömungen vorwiegend auf gesellschaftskritische, linke Ansätze konzentriert (beispielsweise die Feministische, Marxistische oder Institutionelle Ökonomie), andere Paradigmen wie die Österreichische Schule aber nicht unter ihre Fittiche nimmt, tritt die Pluralismus-Initiative für das Vorkommen aller Strömungen ein und schafft so eine breitere Mobilisierung, verliert andererseits aber an Schärfe. Pluralismus greift nicht die Unzulänglichkeit des Mainstreams selbst, sondern seine Unzulänglichkeit als dominierendes Paradigma, an. Das ist zwar einerseits feig, aber andererseits taktisch nicht so unklug. Da der Pluralismus selbst kein Paradigma ist, keine eigenen theoretischen Konzepte vertritt, kann seine Glaubwürdigkeit auf diesem Weg nicht bedroht werden. Die Entschärfung der Nebelgranaten des Mainstreams gibt den Blick frei auf die Selbstverständlichkeit dessen, was gefordert wird – nämlich wissenschaftlichen Diskurs statt Einheitsbrei.

Warum Imperialismus, Mainstreamökonomie?

Die dichotome Konfrontation zwischen einem dominierenden Mainstream und einer marginalisierten Heterodoxie, die in „ihrer gemeinsamen Kritik des Wahrheitsanspruches der Orthodoxie einen gemeinsamen Block“ bildet (Rothschild 2007: 581), ist eine Spezialität der Wirtschaftswissenschaften. Die Frage, warum sich ausgerechnet hier ein neoklassisch-neoliberaler Mainstream durchsetzen konnte, sieht Rothschild (ebd.) durch zwei Argumente begründet. Einerseits durch ein formal-methodologisches und andererseits durch ein gesellschaftspolitisch-ideologisches Argument. Aufgrund der radikalen Annahmen (die häufig zu verheerenden wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen führen) besitzt die neoklassische Theorie und ihre traditionelle Methodologie ein in sich geschlossenes Gebäude, das auf sämtliche Problemstellungen angewandt wird. Besonders dadurch wird ein Graben zur Heterodoxie geschaffen. Diese verzichtet häufig bewusst auf vereinfachende Annahmen und nimmt Problemstellungen – im Gegensatz zum gegebenen methodologischen Gebäude – zum Ausgangspunkt der Analyse. Es wäre ein Trugschluss, zu erwarten, dass eine plurale Ökonomie zu unstrittigen Ergebnissen führen sollte oder könnte, denn „ökonomische Urteile stehen in einem historischen und sozialen Kontext und reflektieren immer gesellschaftliche Macht- und Interessenaueinandersetzungen“ (Becker, Schürz 2006: 16). Andererseits kommt der neoklassische Ansatz Kapitalinteressen entgegen, da dieser beispielsweise eine stärkere Betonung von Machtpositionen bereits im Rahmen der Theoriebildung unterbindet. Nicht erst das Forschungsergebnis wird manipuliert, sondern bereits dessen Grundlage: denn Annahmen, die dazu führen, dass soziale Interaktion und Gesellschaft keinen Platz finden, werden im Mainstream sogar als Zeichen von Wissenschaftlichkeit gehandelt.

Edward Lazear veröffentlichte im Jahr 2000 einen Artikel im *Quarterly Journal of Economics*, in dem er attestiert, was der Pluralismus unterbinden möchte: ökonomischen Imperialismus. Damit ist ein ganz bestimmter methodischer Zugang zur Ökonomie gemeint: jener, der auf der Triade Optimierung/Gleichgewicht/Effizienz beruht. Lazear argumentiert, dass Erkenntnisse, die auf Basis dieser Prinzipien gewonnen werden, jenen Ansätzen, die abweichende Konzeptionen zur Grundlage haben, vollständig überlegen seien. Ökonomische Forschung basierend auf der „magischen Triade“ sei nicht nur die einzig wahre, sondern auch die einzig wissenschaftliche. Er fordert also, sich auf das seiner Ansicht nach einzig exakte, generalistische Modell zu verlassen.

Lehnt euch aus dem Fenster!

Der Pluralismus vertritt die diametral entgegengesetzte Sichtweise, dass eine Vielzahl koexistierender Theorien ein unerlässliches, grundsätzliches Element von Wissenschaftlichkeit ist. Die Forderung ist aufgrund des Analysegegenstands besonders in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften von Relevanz. Erstens ist das Testen von Hypothesen und Isolieren von Effekten schwierig bis unmöglich, und zweitens sind Annahmen, aber auch Schlussfolgerungen, explizit normativen Gehalts. Von einer Diskussion, zu der generell nur zugelassen wird, wer sich im anerkannten methodischen Rahmen befindet (der praktischerweise außerordentlich eng gesteckt ist und lieber auf Formalitäten als auf Konzeptionen abstellt), ist keine unvoreingenommene wissenschaftliche Erkenntnis zu erwarten. Diskussionen, die auch zulassen, dass TeilnehmerInnen sich argumentativ bzw. konzeptionell „aus dem Fenster lehnen“, verlaufen zwar mitunter mühseliger, bieten hingegen eher die Chance, aus einer Modellwelt auszubrechen, wenn sie zu starr wird. Dazu ist es jedoch notwendig, die normativen und auch präskriptiven Ansprüche offen auf den Tisch zu legen.

Der Weg des Pluralismus

Pluralismus wird manchmal missverstanden als Forderung an ÖkonomInnen, jedes Paradigma gleichberechtigt zu verfolgen. Pluralismus fordert aber nicht Pluralität in der Forschung einzelner ÖkonomInnen. Die Adressatin ist nicht die forschende Person, sondern die Wissenschaft als ganze – sie ist es, die mehrere Paradigmen verfolgen muss. Ziel ist daher vielmehr, dass sich die einzelne Forscherin oder der einzelne Forscher, die sich einer Schule zugehörig fühlt, bewusst ist, dass sie oder er nur VertreterIn einer von vielen Schulen ist, und nicht VertreterIn der einzig richtigen, „imperialen“ Schule. Joan Robinson bringt diese Problematik auf den Punkt:

„It is natural that a student of the social sciences should choose the school to which he attaches himself according to his ideological sympathies. But when he judges all points of logical and actual analysis by ideological standards and refuses to learn anything from the work of any school whose ideology he does not accept, he cuts himself off from making any useful contribution to the development of this subject“ (Robinson 1973: 53).

Es geht folglich nicht darum, die Differenzen zwischen einzelnen Schulen aufzulösen oder alle Schulen in einem gemeinsamen, übergeordneten Paradigma aufgehen zu lassen. Das wäre die wissenschaftstheoretische Herangehensweise der Mainstream-Ökonomie selbst: das Highlander-Prinzip „Es kann nur einen geben“. Gefordert wird schlichtweg ein wissenschaftlicher Grundsatz, den die Mainstreamökonomie derzeit verneint.

Was Pluralismus nicht kann

Da Pluralismus selbst keine theoretischen Ansätze hat, keine wissenschaftlichen Ergebnisse liefern kann, reicht es jedoch nicht, sich für Pluralismus einzusetzen. Pluralismus kann keine wirtschaftspolitischen Positionen entwickeln oder sie vertreten. Er kann aber eine differenziertere und unvoreingenommene Betrachtung fördern. Wirtschaftspolitik braucht jedoch Standpunkte, die als solche nicht plural sein können, sondern zu Recht normativ sind. Für gesellschaftskritische ÖkonomInnen lautet der Auftrag daher weiterhin, selbst Ansätze weiterzuverfolgen, die zum Ziel haben, die gegebenen Machtasym-

metrien und Herrschaftsverhältnisse zu beeinflussen, die unterdrückte Mehrheit bei der Emanzipation zu unterstützen und das Denken von Veränderungen möglich zu machen. Denn die Position, die sich lediglich auf die Unzulänglichkeiten des ökonomischen Mainstreams beschränkt, bleibt grundsätzlich „dem Betrieb verpflichtet und ist oft nur ein Versuch, sich herausgehobene Diskurspositionen in akademischen Debatten zu sichern“ (Becker, Schürz 2006: 11). Und während Pluralismus nicht auf das Zurechtrücken der Trugschlüsse der neoklassischen Ökonomie fokussiert, sind wir überzeugt, dass erst aus der „Gesellschaftskritik [...] die Erkenntniskritik am Mainstream ableitbar“ (ebd.: 12) ist.

Die Forderung nach Pluralismus ist für uns also weder ein Ersatz dafür, gesellschaftskritische und progressive Positionen und Forschung zu stärken, noch für die Weiterentwicklung der Heterodoxie. Vielmehr ist Pluralismus ein „Vehikel“, um die Räume zu schaffen, die es dann von kritischer Ökonomie auszufüllen gilt. Die Eröffnung dieser Chance ruft auch Ansätze auf den Plan, die wir unter Umständen ebenso ablehnen, wie den momentan hegemonialen Mainstream. Die Antwort muss daher sein, sich diesen ebenso wie dem Mainstream mit starken Argumenten bzw. Konzepten entgegenzustellen und inhaltliche Debatten voranzutreiben.

Literatur

- Becker, Joachim; Schürz, Martin (2006): „Konturen einer gesellschaftskritischen Ökonomie.“ *Kurswechsel*, 4 (2006), 7–17.
- Dutt, Amitava Krishna (2014): „Dimensions of Pluralism in Economics.“ *Review of Political Economy*, 26 (4), 479–494.
- Garnett, Robert; Olsen, Erik K.; Starr, Martha (2010): „Economic Pluralism.“ London, Routledge.
- Hodgson, Geoffrey; Mäki, Uskali; McCloskey, Donald (1992): „A plea for a rigorous and pluralist economics.“ *American Economic Review*, 82 (1992).
- Lazear, Edward P. (2000): „Economic Imperialism.“ *Quarterly Journal of Economics*, 115 (1), 99–146.
- Robinson, Joan (1973): „Ideology and Analysis.“ In: *Sozialismus, Geschichte und Wirtschaft*. Festschrift für Eduard März. Wien, Europaverlag.
- Rothschild, Kurt W. (2007): „Einige Bemerkungen zum Thema Mainstream und Heterodoxie.“ *Wirtschaft und Gesellschaft*, 33 (2007), 581–590.